

Bitkom

| Fragen | Stimme zu | Neutra l | Stimme nicht zu | Optionale Erläuterung (max. 700 Zeichen inkl. Leerzeichen) |
|--|-----------|----------|-----------------|---|
| Informatik als Pflichtfach: Informatik sollte als Pflichtfach an allen weiterführenden Schulen ab Klasse 5 eingeführt werden. | X | | | Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler am Ende der Schullaufbahn mindestens einmal eine App programmiert hat. Daher hat die FDP in Regierungsverantwortung in NRW bereits Informatik als Pflichtfach in den Klassen 5 und 6 aller Schulformen eingeführt. Doch wir wollen künftig schon in der Grundschule beginnen, den Kindern Grundlagen des Codings spielerisch zu vermitteln. |
| Recht auf digitale Bildung: Schülerinnen und Schülern sollten das Recht haben, dem Unterricht auch rein digital zu folgen, wenn ihre persönlichen Umstände dies erfordern. | X | | | Digitale Bildung ist eine zentrale Aufgabe für eine zukunftsfähige Schulpolitik. Das gilt sowohl für die technische Ausstattung und Infrastruktur als auch für die Anwendung im Unterricht. Wenn Schülerinnen und Schüler zum Beispiel aufgrund einer Erkrankung längere Zeit nicht am Unterricht teilnehmen können, darf das mit den Möglichkeiten der Digitalisierung nicht länger Einfluss auf den Bildungserfolg haben. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass die im Lernplan definierten Lerninhalte ebenso in modernen Online-Lernformaten bereitgestellt werden. Digitales Lehren und Lernen müssen zudem feste Bestandteile aller Schulen und aller Schulfächer sowie der Lehreraus- und -fortbildung werden. |

| | | | | |
|---|---|---|--|---|
| <p>Digitale Streetworker: Speziell geschulte Verwaltungsangestellte sollten digital weniger versierte Menschen bei ihren digitalen Behördengängen unterstützen.</p> | | X | | <p>Wir wollen ein Recht darauf schaffen, jeden Behördengang digital von zu Hause zu erledigen. Digitale Behördengänge müssen daher nutzerfreundlich gestaltet und mit Erklärungen in Text-, Bild- und Videoform begleitet werden, damit diese von möglichst vielen Menschen selbstständig ausgeführt werden können. Zusätzlich sollen Behördengänge auch weiterhin persönlich erledigt werden können, damit diese für alle Menschen zugänglich bleiben. Sofern Kommunen darüber hinaus genug eigene Mittel haben, ist es diesen freigestellt, digitale Streetworker einzustellen. Wir setzen uns für die verstärkte Schulung von älteren Menschen zur Nutzung der digitalen Systeme ein.</p> |
| <p>Weiterbildung: Das Land NRW sollte ein Kompetenzzentrum Digitalisierte Arbeitswelt schaffen, das KMU bei der Weiterbildung von Mitarbeitenden im Rahmen der digitalen Transformation unterstützt.</p> | | X | | <p>NRW fördert die Digitalisierung in KMU etwa durch die 2019 gestarteten Digitalcoaches sowie durch die Gewährung einer Anschubfinanzierung für die Gründung eines Forschungsinstituts „Arbeit – Bildung – Digitalisierung“ an der Fernuniversität Hagen, welches passgenaue Konzepte für die berufliche Weiterbildung entwickeln soll. Zudem wollen wir das erste rein digitale Fern-Ausbildungszentrum in NRW schaffen. Der berufsschulische Teil der Ausbildung soll so ortsunabhängig absolviert werden können. Damit können für Auszubildende im ländlichen Raum lange Fahrtwege gespart werden. Auch für seltene Ausbildungsberufe oder bei einer lokal geringen Nachfrage kann so der schulische Teil der Ausbildung auf hohem Niveau gewährleistet werden.</p> |
| <p>Digitale Verwaltung: Jeder Behördengang sollte in NRW bis 2023 komplett online möglich sein</p> | X | | | <p>Wir wollen ein Recht darauf schaffen, jeden Behördengang digital von zu Hause zu erledigen. Bis Ende 2021 haben wir rund 250 Verwaltungsleistungen in das Wirtschafts-Service-Portal (WSP.NRW) integriert und damit in weitem Umfang Behördengänge erspart. Im Jahr 2022 folgen weitere 250 Verwaltungsleistungen. Noch bis Ende 2022 sollen auch Bürgerinnen und Bürger über ein digitales Bürgerportal einen einfachen und digitalen Zugang zu Dienstleistungen der Verwaltung bekommen. Durch Portallösungen des Landes wie dem WSP.NRW sollte das Land die Kommunen weiterhin dabei unterstützen, kommunale Verwaltungsleistungen digital anbieten zu können.</p> |

| | | | | |
|--|--|--|---|---|
| <p>Online-Wahl: Bei Landtagswahlen in NRW sollte man seine Stimme zukünftig online abgeben können.</p> | | | X | <p>In der Pandemie wurden bereits Parteitage digital abgehalten, bei denen es auch hohe rechtliche Anforderungen zu erfüllen galt. Daher wollen wir z.B. ermöglichen, dass Bürgerinnen und Bürger Volksinitiativen und Bürgerbegehren künftig auch in einem sicheren, digitalen Verfahren mit ihrer Unterschrift unterstützen können. Für die Wahlen zu den Parlamenten, also den Herzkammern unserer Demokratie, sind die Anforderungen jedoch ungleich höher: Jede Stimme muss sich völlig unzweifelhaft, auf den ersten Blick nachvollziehbar, im Ergebnis niederschlagen, nur so wird man dem hohen Vertrauen in unser demokratisches System gerecht. Der Wahlvorgang muss jederzeit absolut transparent sein, das sehen wir bei einer Online-Wahl derzeit nicht gewährleistet.</p> |
| <p>Digitale Parlamentsarbeit: Im NRW-Landtag sollten Sitzungen und Abstimmungen künftig auch rein digital stattfinden können.</p> | | | X | <p>Die Demokratie lebt von Rede und Widerrede, vom Wettstreit um das beste Argument. Das kann durchaus auch emotional und hitzig ausgetragen werden. Wir alle kennen aus der Pandemie Videokonferenzen mit hakendem Ton, stockendem Video und Zeitverzögerungen. Was für Notzeiten ein gutes Mittel zur Aufrechterhaltung des parlamentarischen Systems war, soll kein Dauerzustand werden. Die Unmittelbarkeit der Debatte, der Austausch mit den anderen Fraktionsmitgliedern, Zwischenrufe, Atmosphäre, all das ginge bei rein digitalen Sitzungen verloren und würde nicht zu einer Attraktivierung des parlamentarischen Systems führen.</p> |

| | | | | |
|---|---|--|--|--|
| <p>Bessere Chancen für Startups: Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Startups sollte erleichtert werden.</p> | X | | | <p>Wir wollen es Start-ups erleichtern, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Grundsätzlich soll die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Start-ups – wo immer möglich – weiter verbessert werden. Bei der öffentlichen Vergabe setzen wir uns dafür ein, dass Wirtschaftlichkeitskriterien und Projektreferenzen verhältnismäßig angesetzt werden, so dass Start-ups nicht benachteiligt werden.</p> |
| <p>Förderung der DWNRW-Hubs: Die Förderung der digitalen Hubs sollte auch über 2025 hinaus verlängert werden, um die digitale Transformation im Land voranzutreiben.</p> | X | | | <p>Die im September 2021 vorgestellte Evaluation der DWNRW-Hubs hat ergeben, dass diese eine wichtige Rolle dabei spielen, Innovationen in NRW voranzubringen. Deshalb wurde die Landesförderung bis mindestens 2025 verlängert.</p> |
| <p>One Stop Shop für Netzausbau: Um den Ausbau von Glasfasernetzen zu beschleunigen, sollten alle erforderlichen Genehmigungen zum Netzausbau in einem Schritt beantragt werden können.</p> | X | | | <p>Der Aufwand für antragstellende Unternehmen muss reduziert und der Informationsfluss in der Verwaltung verbessert werden. Es gilt die Koordinierung von Verfahren immer weiter zu verbessern, größtmögliche Transparenz über Anforderungen und Verfahrensstände zu schaffen und insbesondere die Chancen der Digitalisierung optimal zu nutzen.</p> |
| <p>Blockchain-Reallabor sichern: Das Reallabor im Rheinischen Revier zur Erforschung der Anwendungsmöglichkeiten von Blockchain-Technologien sollte langfristig weiter gefördert werden.</p> | X | | | <p>Der erteilte Förderbescheid sichert eine Förderung bis zum 31.01.2025. Die Projektträger streben eine Weiterführung für die Folgejahre an. Über eine weitere Förderung sollte unter Berücksichtigung der erreichten Ergebnisse rechtzeitig vor Ende der Förderperiode entschieden werden.</p> |

| | | | | |
|--|---|--|--|--|
| <p>Digitales Bezahlen: Alle kommunalen Leistungen (z.B. Parkgebühren, Bußgelder, Online-Zugänge zu Bibliotheken) in NRW sollte man immer auch digital bezahlen können.</p> | X | | | <p>Wir wollen einen Paradigmenwechsel hin zu einer bürgerzentrierten Verwaltung, die die Menschen abholt und alle Angebote und Dienstleistungen aus der Sicht von Bürgerinnen und Bürgern betrachtet. Wenn eine Kommune daher ihren Bürgerinnen und Bürger das digitale Zahlen ermöglicht, begrüßen wir das. Mit Blick auf den Digitalisierungsprozess steht für uns das ‚Einer für Alle‘-Prinzip im Vordergrund. Es beinhaltet, dass Länder und Kommunen für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen nicht jeweils eigenständige Lösungen entwickeln, sondern von einer Gebietskörperschaft entwickelte Services auch von anderen nachgenutzt werden.</p> |
| <p>Kompetenzzentrum Smart Cities/Smart Regions: Um Städte bei der Digitalisierung zu unterstützen, sollte das Land NRW ein Kompetenzzentrum Smart Cities/Smart Regions einrichten.</p> | X | | | <p>Für die kommunale Ebene bergen Smart City und Smart Region Konzepte bedeutende Entwicklungspotenziale, die bereits in den „Digitalen Modellregionen“ erprobt werden. Wir wollen die Ergebnisse aus den jeweiligen Pilotprojekten für alle Kommunen nutzbar machen und innovative Lösungen flächendeckend ausrollen. Dies gilt auch für digitale Lösungen, die das Land zentral bereitstellt. Wir wollen, dass perspektivisch jede Stadt und jede Gemeinde in Nordrhein-Westfalen von diesen Lösungen profitieren kann.</p> |
| <p>Daten zur Pandemiebekämpfung: NRW sollte sich dafür einsetzen, Daten zur Pandemiebekämpfung bundeslandübergreifend auszutauschen und Meldewege über Infektionen und Krankenhausbelegungen zu vereinfachen.</p> | X | | | <p>Die Pandemiebekämpfung darf in Deutschland nicht länger durch Datenlücken erschwert werden. Wir wollen vorhandenes Datenmaterial stärker zusammenführen und systematisch auswerten. Dazu wollen wir die Erfassung, Verarbeitung und Weitergabe von Daten zwischen den Gesundheitsämtern verbessern. Die Übermittlung von Daten der Krankenhäuser stellen wir auf eine sichere Rechtsgrundlage. Zudem wollen wir die Erforschung des Infektionsgeschehens insbesondere im Hinblick auf die Dunkelziffer asymptomatischer Verläufe, Übertragungswege und Ansteckungsorte sowie die Entwicklung der Immunität in der Bevölkerung vertiefen. Der Landtag hat dazu auf Antrag der FDP-Fraktion im Landtag 2,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.</p> |

| | | | | |
|--|---|--|--|--|
| <p>Bekämpfung von Cybercrime: Auf den Einsatz gegen Internetkriminalität spezialisierte Polizeieinheiten sollten massiv verstärkt werden.</p> | X | | | <p>Zahlreiche Straftaten und kriminelle Aktivitäten finden heutzutage im Digitalen statt. Wir setzen uns daher für modernste Technik und zusätzliches Personal ein. Wer für unsere Sicherheit auf der Straße oder im Internet sorgt, verdient die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb die Digitalisierung der Polizeiarbeit mit Hochdruck weiter vorantreiben und dies mit einer breiten Qualifizierungsoffensive verbinden. Als zentrale Bausteine für Effizienz und Kompetenz in der digitalen Strafverfolgung wollen wir das Cybercrimekompetenzzentrum NRW und die ZAC NRW weiter stärken und die Cybersicherheitsstrategie des Landes damit weiter vorantreiben und ausbauen.</p> |
| <p>Verfolgung von Hassrede im Netz: Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Hatespeech sollten besser ausgestattet werden.</p> | X | | | <p>Für die quantitative und qualitative Zunahme von Cyberangriffen in allen Bereichen wollen wir die Justiz für die Durchführung von Ermittlungsverfahren gut aufstellen. Wir stehen für den Rechtsstaat ein und haben bereits mit mehr Personal und moderner Technik für eine stärkere und effizientere Justiz gesorgt. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Der Kampf gegen Hass und Hetze im Internet stellt eine Querschnittsaufgabe dar, weswegen wir die Cybersicherheitsstrategie des Landes NRW vorantreiben und ausbauen wollen. Die ZAC NRW hat sich als bundesweit größte Cybercrime-Einheit der Justiz etabliert, welche für die Zukunft weiter gestärkt werden muss.</p> |

| | | | | |
|---|--|--|----------|--|
| <p>Einheitlicher Datenschutz: Die NRW-Landesregierung sollte sich für mehr Einheitlichkeit in der Datenschutzaufsicht einsetzen – mit dem Ziel einer gemeinsamen Datenschutzaufsicht für alle Länder und den Bund.</p> | | | <p>X</p> | <p>Um für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen eine höhere Rechtssicherheit zu schaffen, ist es notwendig, die Auslegung und Anwendung der Datenschutzregeln stärker zu vereinheitlichen. Unsicherheiten gehen aber nicht nur auf divergierende Entscheidungen von Landesbehörden, sondern auch auf abweichende Entscheidungen in europäischen Mitgliedsstaaten zurück. Eine Zentralisierung würde also Rechtsunsicherheiten nicht vollständig beseitigen und würde zudem unserer föderalen Verfassungsordnung zuwiderlaufen. Zudem erscheint es fraglich, ob regionale Beratungsbedarfe durch eine Bundesbehörde noch angemessen abgedeckt werden können. Stattdessen sollte die Zusammenarbeit zwischen Land, Bund und EU verbessert werden.</p> |
|---|--|--|----------|--|